

_____ Inhalt

_____ 1

Gegenstand und Methode 9

_____ 2

**Die Herausdifferenzierung von Straf-,
Vereins- und Koalitionsrecht:
vom Edikt 1798 bis zum
Preußischen Strafgesetzbuch 1851** 13

1. Zum modernen Begriff eines Straftatbestandes 13

2. Das Preußische Edikt von 1798 15

3. Die Organisationsverfolgung unter dem
Deutschen Bund 18

Die Organisationsverfolgung der bürgerlichen
Freiheitsbewegung bis zur Märzrevolution 1848 18

Die Entwicklung der ersten Repressionsphase
bis zum Wiener Kongreß 1834 18

Vom Wiener Kongreß 1834 bis zur
Märzrevolution 1848 24

Die Organisationsverfolgung der Arbeiterbewegung 28

Von der Konspiration zur Propaganda 28

Die Gesetzeslage 31

Das neue System der Organisationskontrolle:

Das Straf-, Vereins- und Koalitionsrecht 32

_____ 3

Unter dem Sozialistengesetz (1878–1890) 37

1. Der Staatsprozeß: Die SPD als staatsfeindliche
Verbindung 37

2. Der »Terroristenprozeß«: Sozialrevolutionäre Zirkel
als staatsfeindliche Verbindungen 45

3. Die Umsturzverbindung 53

4

Die Republik von Weimar	57
1. Freie sozialistische Republik und bürgerlich-parlamentarische Demokratie	58
2. Die Kampfparteien: KPD und völkische Verbände	63
3. Die politische Justiz	68
Geistige Grundlagen	68
Die Definition des Staatsfeindes für Links und Rechts	69
4. Das Republikenschutzgesetz (RSG) und seine strafbaren Verbindungen	71
Anwendung gegen Links	75
Anwendung gegen Rechts	78

5

Die verbrecherische Organisation im Nürnberger Prozeß	83
--	----

6

Die Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit	88
1. Das neue politische Strafrecht der ersten Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951	88
2. Das System der Organisationsdelikte	92
92 Die Erfassung der Massenpartei	
Die Erfassung des »sonstigen Unterstützers«	95
3. Die Organisationsverfolgung der KPD 1950–1968	96
Verfassungsfeindliche und kriminelle Organisation bis zum KPD-Verbot (17. August 1956)	96
Marksteine	96
Der »negative Angriff« auf die Verfassung	103
Das Verbot der Partei und seine Vollstreckung	106
Die Ausschaltung der Partei als »Meinungsträger«	107
Die Kommunistische Gesamtorganisation (KGO)	109
Meinungsfreiheit, Unschuldsvermutung und Distanzierungspflichten	113
4. Schlußfolgerungen	115

Die Bundesrepublik Deutschland in der Gegenwart	124
1. Politischer Untergrund und Gesellschaft	124
Die RAF als Untergrundverbindung	124
Legalität und Legitimität	130
Historische Relativierungen	131
Positivrechtliche Rechtfertigungen	132
2. Auf dem Weg zur »Terroristischen Gesamtorganisation (TGO)«	136
Die kriminelle/terroristische Vereinigung »RAF«	136
Weitere kriminelle/terroristische Vereinigungen	139
Anwendungsschwerpunkte	144
Die Unterstützung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung	146
Bezugspunkt: Der Untergrund als »Meinungsträger«	146
Die strategische Auslegung der §§ 129, 129a StGB	154
3. Der »code terroriste« und seine Begründung	156
Die Anti-Terrorismusgesetzgebung	158
Die »kriminalolitische« Notwendigkeit	160
4. Bedrohung der Arbeiterschaft durch §§ 129, 129a StGB	164
5. Mit § 129 StGB gegen »organisierte Kriminalität«?	167
6. Der Ausbau des Ermittlungssystems zur »produktiven Fahndung«	171
7. Der Organisationsprozeß	177
Abkürzungsverzeichnis	193
Literaturverzeichnis	194